

# EU-Nachrichten

 03  
2017

## KURZ & KNAPP

### EU-Kanada

Europaparlament gibt grünes Licht für Wirtschafts- und Handelsabkommen

3

### IM FOKUS

### EU-Umweltrecht

Neue Maßnahmen zur Umsetzung

4

### Flüchtlingspolitik

Humane und effektive Steuerung von Migration aus Afrika

5

## BEZIEHUNGEN ZU DEN USA

### Juncker trifft Vizepräsident Pence

Der neue US-Vizepräsident Mike Pence wird am 20. Februar Brüssel besuchen und sich dabei mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker treffen. Im Mittelpunkt stehen dabei die künftigen Beziehungen zwischen der EU und den USA unter der Administration von US-Präsident Donald Trump.

Auf dem Programm von Pence steht auch ein Gespräch mit Donald Tusk, dem Präsidenten des Europäischen Rates. Außerdem wird der zweite Mann der USA das Hauptquartier des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses Nato in Brüssel besuchen. Am Wochenende zuvor geht es ebenfalls um sicherheitspolitische Fragen, wenn Pence und einige EU-Kommissionsmitglieder bei der internationalen Münchener Sicherheitskonferenz zu Gast sind.

Agenda von Präsident Juncker



Über die Zulassung des Pflanzenschutz-Wirkstoffs Glyphosat wird kontrovers diskutiert. Die EU-Kommission fordert bei solchen Themen deshalb eine klare Haltung der Mitgliedstaaten.

## MEHR TRANSPARENZ BEI ENTSCHEIDUNGEN IN FACHAUSSCHÜSSEN

### EU-Staaten sollen Verantwortung übernehmen

Die EU-Mitgliedstaaten sollen sich künftig nicht mehr vor klaren Entscheidungen bei politisch hochsensiblen Themen wie der Zulassung genetisch veränderter Organismen (GVO) oder des umstrittenen Pestizid-Wirkstoffs Glyphosat drücken können. Die EU-Kommission will nicht länger den Schwarzen Peter zugeschoben bekommen, wenn sie in solchen Fällen auf der Basis wissenschaftlicher Gutachten selbst entscheiden muss.

> Daher soll nun das Verfahren für die Durchführungsbestimmungen geändert werden, mit denen für eine einheitliche Anwendung von EU-Gesetzen in allen Mitgliedstaaten gesorgt werden soll. Die Kommission will künftig die nationalen Minister einbinden und die Bürger sollen erfahren, welche Position ihr Vertreter in Brüssel eingenommen hat.

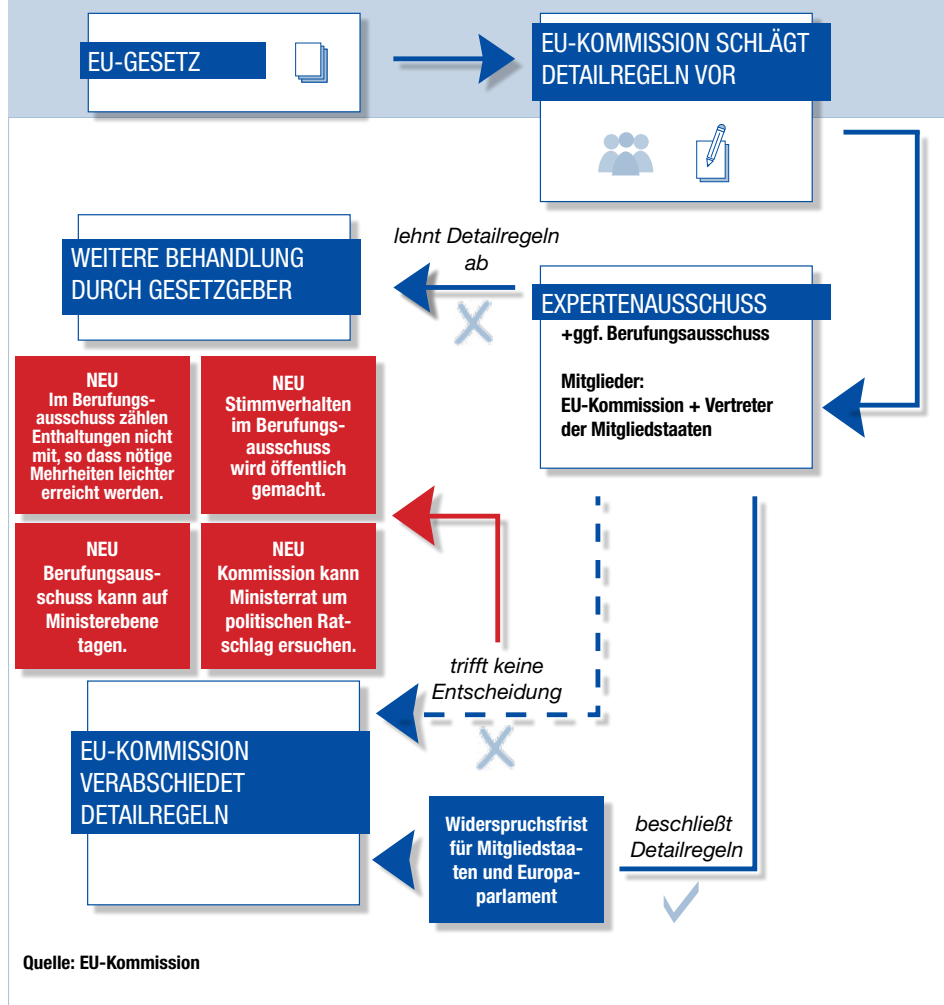
Eine Änderung der so genannten Komitologie-Verordnung hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union im vergangenen September angekündigt. „Es ist nicht richtig, dass die Kommission von Parlament und Rat gezwungen wird,

eine Entscheidung zu treffen, wenn sich die EU-Staaten nicht darauf einigen können, ob die Nutzung von Glyphosat in Herbiziden verboten werden soll oder nicht“, hatte Juncker erklärt und angekündigt: „Wir werden diese Regeln ändern.“

Zuvor hatten sich die Mitgliedstaaten trotz mehrerer Anläufe nicht auf eine eindeutige Position für oder gegen eine Zulassungsverlängerung des Herbizidwirkstoffs Glyphosat einigen können, der in dem Verdacht steht, krebserregend zu sein. Die Kommission musste schließlich selbst entscheiden, da bei Untätigkeit Klagen der Glyphosat-Hersteller gedroht hätten. >>

## PRINZIP DES KOMITOLOGIEVERFAHRENS

(vorgeschlagene Änderungen in rot)



verhalten der Regierungsvertreter veröffentlicht werden. Auf diese Weise werde der Ausschuss häufiger zu einer eindeutigen Position für oder gegen einen Vorschlag kommen und ein klares Handlungsmandat erteilen können, ist die Kommission überzeugt.

Sollte die Änderung der Abstimmungsregeln nicht den gewünschten Erfolg bringen, will die Kommission eine weitere Etappe im Komitologieverfahren einführen. Es soll die Möglichkeit geben, den Berufungsausschuss ein zweites Mal anzurufen und dabei auch beantragen zu können, dass er auf Ministerebene tagt.

### Minister stärker einbinden

Nicht zuletzt will sich die Kommission vor schwierigen Entscheidungen absichern, indem sie die Möglichkeit erhalten will, den Ministerrat um eine Stellungnahme zu ersuchen, wenn der Berufungsausschuss zu keinem Ergebnis gekommen ist.

Europäisches Parlament und Mitgliedstaaten müssen der vorgeschlagenen Änderung der Komitologieverordnung zustimmen, bevor sie in die Tat umgesetzt werden kann. Die Kommission war nach eigenen Angaben in den vergangenen beiden Jahren gezwungen, neben der Durchführungsbestimmung für die Glyphosat-Nutzung 16 Rechtsakte für GVO selbst zu erlassen, weil die Mitgliedstaaten sich nicht auf eine Position verständigen konnten. (ste/frh) >|

>> Maßgeblich für die Kommission waren dabei wissenschaftliche Gutachten der Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA und des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR). Beide haben versichert, es sei unwahrscheinlich, dass Glyphosat krebserregend ist. Ende Juni 2016 verlängerte die Kommission die Zulassung für den Wirkstoff, allerdings zunächst nur bis Ende 2017. Dann soll eine weitere Bewertung des Stoffs durch die EU-Chemikalienagentur ECHA vorliegen.

Die Komitologieregeln sehen vor, dass über Durchführungsbestimmungen in Fachausschüssen entschieden wird, in der Vertreter der jeweilig zuständigen nationalen Ministerien sitzen. Während dies in anderen Politikbereichen wie etwa der Finanzmarktregulierung laut Kommission in 98 Prozent der Fälle reibungslos verläuft, funktioniert das Verfahren nicht, wenn es um Gentechnologie oder ein anderes in der Öffentlichkeit heiß diskutiertes Thema wie Glyphosat geht. Zuletzt hatten sich die Vertreter

der Mitgliedstaaten Ende Januar nicht auf die von der Kommission vorgeschlagenen Anbauzulassungen für drei gentechnisch veränderte Maissorten einigen können. Auch Deutschland hatte sich enthalten. Die nächste Etappe ist nun ein Berufungsausschuss, in dem höherrangige Vertreter der Mitgliedstaaten sitzen. Doch auch ein solcher Berufungsausschuss hat bisher noch nie eine eindeutige Entscheidung für oder gegen einen GVO-Vorschlag der Kommission getroffen und kam auch bei Glyphosat zu keinem Ergebnis.

### Einfluss von Enthaltungen vermindern

Diese ewige Patt-Situation will die Kommission mit einer Änderung der Abstimmungsregeln im Berufungsausschuss künftig verhindern. Sie schlägt vor, nur noch die Ja- und Nein-Stimmen zu werten, nicht aber Enthaltungen. Dadurch sollen sich die notwendigen qualifizierten Mehrheiten von Stimmen, die bestimmte Anteile der EU-Bevölkerung widerspiegeln, besser erreichen lassen. Zudem soll das Abstimmungs-

### Mehr Transparenz im Komitologieverfahren

#### Auch die Bürger reden mit

Der Herbizidwirkstoff Glyphosat ist auch Gegenstand einer europäischen Bürgerinitiative, die Ende Januar von der EU-Kommission zugelassen wurde. Die Initiatoren setzen sich für ein Verbot von Glyphosat ein und haben nun ein Jahr Zeit, Unterschriften zu sammeln. Erhalten sie die Unterstützung von einer Million Bürgern aus mindestens sieben Mitgliedstaaten, muss die Kommission auf die Inhalte des Begehrens reagieren und ihre Entscheidungen begründen. Außer einem Verbot von Glyphosat will die Bürgerinitiative erreichen, dass das Zulassungsverfahren der EU für Pflanzenschutzmittel überarbeitet wird und verbindlich niedrigere Schwellenwerte für den Einsatz von Pestiziden festgelegt werden.

## WIRTSCHAFTS- UND HANDELSABKOMMEN MIT KANADA

**Europaparlament gibt grünes Licht**

Das Europäische Parlament hat dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) mit 408 gegen 253 Stimmen bei 33 Enthaltungen zugestimmt. „Mit diesem fortschrittlichen Abkommen erhalten wir eine Chance zu einer gemeinsamen Gestaltung des Globalisierungsprozesses und zur Einflussnahme auf die Festlegung globaler Handelsregelungen“, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „In diesen unsicheren Zeiten, in denen der Protektionismus weltweit zunimmt, unterstreicht CETA unser starkes Bekenntnis zu nachhaltigem Handel“, sagte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström im Parlament.

Mit dem Votum des Parlaments können die Teile des CETA-Abkommens vorläufig in Kraft treten, die in die alleinige Kompetenz der EU fallen. Das betrifft den großen Teil des Vertrags. Ausgenommen ist aber

unter anderem das besonders kontroverse Kapitel Investorenschutz. Da Teile des Abkommens in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fallen, ist zudem eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente erforderlich, bevor das Abkommen vollständig angewendet werden kann. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erwartet, dass CETA Einsparungen für EU-Unternehmen von rund 470 Mio. Euro jährlich bringen wird, da über 99 Prozent der Zölle im Handel mit Kanada abgeschafft werden sollen. Davon werde besonders Deutschland profitieren, das vor allem Autos und Maschinen nach Kanada exportiert.

▮ [Abkommen EU-Kanada ratifiziert](#)



## KOMMISSIONSVORSCHLAG ANGENOMMEN

**Digitale Abonnements bald überall in EU nutzbar**

Wer ein Abonnement für audiovisuelle Online-Dienste wie Musik, das Anschauen von Sportveranstaltungen, Filmen oder für Spiele abgeschlossen hat, soll dies künftig auch bei Urlaubs- oder Geschäftsreisen in einem anderen Mitgliedstaat nutzen können. Vertreter der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments haben sich auf eine von der EU-Kommission vorgeschlagene Verordnung geeinigt, die Kunden dieses Recht einräumt und das sogenannte „Geoblocking“ beendet. „Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Beseitigung von Hindernissen im digitalen Binnenmarkt“, sagte der für das Thema zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Andrus Ansip.

Die neuen Vorschriften gelten laut EU-Kommission für alle Anbieter bezahlter Online-Inhaltendienste wie Netflix, Canal+, Amazon Prime, Spotify, Sky Now TV oder Origin. Um sich vor Missbrauch zu schützen, erhalten sie das Recht, ihre Kunden zu kontrollieren und das Wohnsitzland eines Abonnenten aufgrund von Überweisungsangaben, der IP-Adresse oder des Vertrags für den Internetanschluss festzustellen. Derzeit werden Lizenzen etwa für die Übertragung von Sportereignissen oft nur für einzelne Staaten vergeben. Die Verordnung ist ein erster Baustein zur Anpassung des EU-Urheberrechts an das digitale Zeitalter. Weitere sollen folgen.

▮ [Online-Abonnements](#)

## KONJUNKTUR-WINTERPROGNOSE

**Robuste EU-Wirtschaft gibt zu Hoffnungen Anlass**

Trotz der vielen Unsicherheiten in der Welt ist die Wirtschaft in den Euroländern 15 Quartale in Folge gewachsen. Haushaltsdefizite und Arbeitslosigkeit sind gesunken, auch wenn letztere weiter über dem Niveau von vor der Weltwirtschaftskrise liegt. Die EU-Kommission hat in ihrer Winterkonjunkturprognose die Wachstumserwartungen für den Euroraum für 2017 und 2018 mit 1,6 bzw. 1,8 Prozent leicht erhöht. Auch für die ganze EU wird 2017 und 2018 ein Wachstum von 1,8 Prozent erwartet, was für das laufende Jahr ebenfalls eine leichte Erhöhung bedeutet. Allerdings gibt es für diese Prognosen laut Kommission ein ziemlich großes Risiko, unter anderem durch den Kurs der neuen US-Regierung, die Verhandlungen über den Brexit und die in diesem Jahr in vielen Ländern Europas anstehenden Wahlen.

„Die europäische Wirtschaft hat sich trotz der zahlreichen Schocks des vergangenen Jahres als widerstandsfähig erwiesen“, sagte der EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten Pierre Moscovici. „Angesichts der überaus großen Unsicherheit ist es jedoch wichtiger denn je, dass wir das Wachstum mit allen uns zur Verfügung stehenden politischen Instrumenten stützen. Vor allem aber müssen wir sicherstellen, dass der daraus erwachsende Nutzen überall im Euroraum und in allen Teilen der Gesellschaft ankommt“, so Moscovici.

▮ [Winterprognose 2017](#)

## WETTBEWERB „JUVENES TRANSLATORES“

**Schülerin aus Berlin lieferte preisgekrönte Übersetzung**

Die Übersetzung eines Textes vom Polnischen ins Französische ist von der Jury der EU-Kommission in diesem Jahr zum besten Beitrag aus Deutschland im Wettbewerb „Jvenes Translatores“ gewählt worden. Schülerin Mariam Kostanian vom Französischen Gymnasium in Berlin setzte sich damit gegen Teilnehmerinnen und Teilnehmer von 87 anderen deutschen Schulen durch. Sie wird nun gemeinsam mit den Gewinnern aus den anderen 27 EU-Staaten am 6. April zur Preisverleihung mit EU-Kommissar Günther Oettinger nach Brüssel reisen. „Sprachen erweitern den Horizont und bauen Schranken ab. Sie helfen uns dabei, andere Völker und Kulturen zu verstehen“, sagte Oettinger bei seiner Gratulation an die Gewinner.

Seit 10 Jahren veranstaltet die Generaldirektion Übersetzung der EU-Kommission den Wettbewerb (lateinisch für „junge Übersetzer“). In diesem Jahr gab es über 3.000 Teilnehmer. Der Wettbewerb richtet sich an 17-jährige Sekundarschülerinnen und -schüler und findet zeitgleich an den 728 ausgewählten Schulen in den EU-Mitgliedstaaten statt. Ziel ist es, das Erlernen von Fremdsprachen in der Schule zu fördern und jungen Menschen einen Eindruck von der Tätigkeit des Übersetzens zu vermitteln.

▮ [EU-Übersetzerwettbewerb](#)

## Kommission will Mitgliedstaaten bei der Lösung von Problemen helfen



Überdüngung und Veralgung sind ein Problem für viele Gewässer in der EU. Auch Deutschland ist davon betroffen.

> Als nächster Schritt droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. „Mit einer lückenhaften und uneinheitlichen Anwendung der Umweltvorschriften ist niemandem geholfen“, beschrieb EU-Umweltkommissar Karmenu Vella die grundlegenden Ziele der Kommission. Diese droht deshalb den Staaten nicht nur mit Strafen, sondern bietet auch Unterstützung an. Erstmals wurden nun 28 Länderberichte zum Umweltschutz vorgelegt, in denen Erfolge und Mängel aufgelistet sind und individuelle Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Diese Berichte soll es künftig alle zwei Jahre geben, dazwischen soll darüber diskutiert werden – zwischen Kommission und einzelnen Regierungen, im Umweltministerrat und in neuen Gesprächsgruppen von Experten der Mitgliedstaaten. So können diese sich gegenseitig mit Fachwissen unter die Arme greifen.

Vor allem bei der Abfallentsorgung, bei Luft- und Wasserqualität und beim Schutz der Artenvielfalt sei noch viel zu tun, hob Vella hervor. So würden etwa trotz jahrelang laufender Vertragsverletzungsverfahren in 23 Mitgliedstaaten und in über 130 Städten die Normen für die Luftqualität immer noch nicht eingehalten, wofür hauptsächlich die Verkehrsbelastung verantwortlich gemacht wird.

### „Dicke Luft“ in Deutschland

Auch Deutschland hat in einigen dieser Bereiche Schwierigkeiten, allerdings bescheinigt die Kommission Bundes- und Landesregierungen allgemein eine gute Umsetzung von EU-Umweltvorschriften und eine „proaktive“ Strategie. Als „besorgniserregend“ sieht die Kommission die Luftqualität in Deutschland an, besonders

die Belastung durch Stickoxide und Feinstaub. Das sei nicht nur ein Umweltproblem, sondern auch eine Gesundheitsgefahr. Es müssten „erhebliche weitere Anstrengungen“ unternommen werden, fordert die Kommission (siehe Kasten).

Mäßig schneidet Deutschland bei der Erhaltung geschützter Arten ab. Nur ein Viertel davon sei in „günstigem Zustand“, heißt es im Länderbericht. Ein Weg zum Schutz der Arten ist die Ausweisung von Naturschutzgebieten, etwa im Rahmen des EU-Netzwerks „Natura 2000“. Hier müssten die dafür zuständigen Bundesländer noch „erhebliche Anstrengungen“ unternehmen, so die Kommission. „Die Belastungen durch die Landwirtschaft sind nach wie vor ein großes Problem für die Natura-Gebiete“, heißt es im deutschen Länderbericht.

Aus der Landwirtschaft kommt auch viel vom Nitrat, das Bäche, Flüsse, Seen sowie Nord- und Ostsee in Deutschland so stark belastet, dass die Bundesregierung im November wegen der jahrelangen Überschreitung der EU-Grenzwerte vor dem Europäischen Gerichtshof angeklagt wurde. Das Verfahren läuft. Die Kommission drängt in ihrem Länderbericht erneut darauf, dass die Bundesländer besser zusammenarbeiten, um die Qualität des Grundwassers und des Wassers in Nord- und Ostsee zu verbessern.

### Vorreiterrolle beim Recycling

Gute Noten gibt es dagegen für die Qualität des Trinkwassers und der ausgewiesenen Badegewässer, von denen über 90 Prozent das Prädikat „ausgezeichnet“ hätten. Auch die Vorschriften für die Abwasserbehandlung erfülle

Für den Schutz der Umwelt werden im EU-Recht hohe Standards gesetzt. Aber bei der Umsetzung hapert es in den Mitgliedstaaten häufig, wobei jeder seine eigenen Probleme hat. Die EU-Kommission hat jetzt neue Verfahren vorgeschlagen, um den Staaten bei deren Lösung zu helfen. Wenn nötig, ahndet sie Verstöße gegen Umweltnormen aber auch mit Vertragsverletzungsverfahren. So wie im Fall der seit Jahren zu hohen Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid in 28 Gebieten Deutschlands. Hier schickte die Kommission der Bundesregierung ein letztes Mahnschreiben.

Deutschland in sehr hohem Maße. Als vorbildlich wird das Land bei der Abfallwirtschaft genannt. Die Recyclingquote von 64 Prozent bei Siedlungsabfällen ist der EU-Spitzenwert, und Restmüll landet laut Kommission fast überhaupt nicht mehr auf Deponien. Als „herausragend“ werden auch die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zur Drosselung des Flächenverbrauchs auf 30 Hektar pro Tag bis 2020 gelobt sowie die Ansätze zum Aufbau „grüner Infrastruktur“, etwa bei der Renaturierung der Emscher und ihrer Zuflüsse.

Verbesserungen ließen sich nach Ansicht der Kommission noch erreichen, wenn mehr umweltschädliche Subventionen abgeschafft würden. Ansätze gebe es, etwa bei der Berücksichtigung von CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Kfz-Steuer, der Luftverkehrssteuer oder der Kernbrennstoffsteuer. (frh) >

### Umsetzung der EU-Umweltpolitik

#### Problem Stickstoffdioxid

In 28 Regionen Deutschlands, darunter die Ballungsräume Berlin, Hamburg, München, Stuttgart, Rhein-Main, Rhein-Neckar sowie große Teile Nordrhein-Westfalens, ist die Luft seit Jahren stärker als nach EU-Recht zulässig mit Stickstoffdioxid belastet. Dieses entsteht laut Kommission zu 40 Prozent durch den Straßenverkehr und dort zu rund 80 Prozent durch Dieselmotoren. 2003 soll Stickstoffdioxid für 70.000 vorzeitige Todesfälle in Europa verantwortlich gewesen sein.

## EU strebt humane und effektive Steuerung von Migration an

Um die Zahl der Menschen zu vermindern, die ihr Leben riskieren und über das westliche Mittelmeer in die EU flüchten, wollen die EU-Staats- und Regierungschefs stärker mit Libyen, aber auch mit anderen afrikanischen Staaten nördlich und südlich der Sahara zusammenarbeiten. Bei ihrem Gipfeltreffen auf Malta machten sie sich entsprechende Vorschläge der EU-Kommission und der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini zu eigen (Siehe auch EU-Nachrichten vom 2.2.2017). Ein Kernpunkt dabei ist die Unterstützung der libyschen Küstenwache, damit diese in ihren Küstengewässern effektiver gegen Schleuser vorgehen und mehr Migranten aus Seenot retten kann.



Die EU will dazu beitragen, dass Migranten in libyschen Aufnahmeeinrichtungen besser untergebracht werden, bevor sie weiterreisen oder in ihre Heimat zurückkehren können.

> Letzteres würde auch bedeuten, dass Menschen nach Libyen zurückgebracht werden. Die EU will außerdem libyschen Beamten dabei helfen, die Grenzen zu den Nachbarländern besser zu kontrollieren, aus denen die meisten Migranten kommen. Da viele Menschen derzeit in Libyen unter unannehmbaren Bedingungen in Lagern ausharren müssen, will die EU auch bei der Schaffung von „angemessenen Aufnahmekapazitäten und -bedingungen“ helfen.

Zudem will sie sich – auch durch finanzielle Hilfe – daran beteiligen, Migranten zur freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen, wenn diese keine Chance haben, in Libyen zu bleiben oder in der EU aufgenommen zu werden. Dabei soll mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration IOM kooperiert werden, damit Menschenrechte, Völkerrecht und europäische Werte geachtet werden, wie es in der Gipfelerklärung heißt.

### Pragmatische Lösungen gefragt

Die EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin Mogherini reiste einige Tage nach dem Gipfel wieder nach Malta, um mit afrikanischen Staaten weiter an den Partnerschaften zu arbeiten. Migration könne nur durch Kooperation und Partnerschaft effektiv, fair und human gesteuert werden und nicht durch „das Bauen von Mauern“ und Konfrontation, sagte sie dabei. „Europa schließt seine Türen nicht und wird das auch nicht tun“, unterstrich sie. Es sei nötig, gemeinsam an pragmatischen Lösungen zu arbeiten.

„Ich glaube, wir Europäer sollten verstehen, dass wir bei der gegenwärtigen demografischen Entwicklung Migration für unsere Wirtschaft und nachhaltige Wohlfahrtssysteme brauchen“, sagte Mogherini. Die Afrikaner sollten ihrerseits im Blick behalten, welche großen Kosten durch Menschenhandel und den Verlust von Menschenleben entstünden und „wie gefährlich die Abwanderung kluger Köpfe für den Kontinent sein kann.“

### Legale Einreise über Kontingente

„Europas Rolle kann und muss auch darin bestehen, Fluchtursachen dadurch zu bekämpfen, dass wir Aufenthaltsmöglichkeiten in der

Nähe der eigenen Heimat unterstützen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bestimmte Menschen könnten dann über Kontingente in die EU kommen, „die legal zwischen Ländern verabredet werden, wie wir das auch mit der Türkei vorhaben“ und wie das von der EU auch mit Jordanien, dem Libanon und vielen Ländern auf der Welt gemacht werde.

Die Denkfabrik „Europäische Stabilitätsinitiative“ (ESI) hält eine humane und effektive Grenz- und Asylpolitik der EU auf der Grundlage von Partnerschaften mit Drittstaaten für umsetzbar. Dazu müssten die Mitgliedstaaten den Hauptankunftsländern wie Italien und Griechenland dabei helfen, die Asylanträge in rund vier Wochen zu bearbeiten, meint ESI. Anerkannte Bewerber müssten dann umgehend in anderen EU-Staaten aufgenommen werden, abgelehnte Bewerber im Rahmen von Rücknahmevereinbarungen zurückgeschickt werden, führt Gerald Knaus für ESI aus. So könne der irregulären Migration ihr Reiz genommen werden.

In Libyen will die EU gemeinsam mit der UN die nationale Einheitsregierung und die Stabilisierung des Landes politisch und wirtschaftlich weiter unterstützen, damit sie Ansprechpartner für ihre Kooperationspläne hat. Seit Beginn der Umwälzungen in Libyen hat die EU dem Land über 100 Mio. Euro bilaterale Hilfe zur Verfügung gestellt. Dazu kommen laut Kommission noch Mittel aus dem Treuhandfonds für Afrika und humanitäre Hilfe, die sich 2016 auf 10,8 Mio. Euro belief. (frh) >

### EuGH urteilt über humanitäre Visa

Wenn die Richter des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) den Schlussanträgen ihres Generalanwalts Paolo Mengozzi folgen, haben an Leib und Leben bedrohte Menschen künftig Anspruch auf Visa, mit denen sie legal in EU-Staaten reisen könnten, um dort Asyl zu beantragen. Nach Auffassung Mengozzis sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, ein humanitäres Visum zu erteilen, „wenn ernsthafte und durch Tatsachen bestätigte Gründe für die Annahme vorliegen“, dass die Antragsteller sonst Folter oder eine andere „unmenschliche oder erniedrigende Strafe oder Behandlung“ befürchten müssen. Dem Verfahren vor dem EuGH liegt die Klage einer christlichen syrischen Familie aus Aleppo gegen Belgien zugrunde. Die EuGH-Richter folgen häufig dem Plädoyer der Generalanwälte.

■ *Beziehungen EU-Libyen - Zahlen und Fakten*

## EU unterstützt Aussöhnung zwischen Serbien und Kosovo



Ein Polizist schaut auf die Brücke über den Fluss Ibar, der die serbische und albanische Bevölkerung der kosovarischen Stadt Mitrovica voneinander trennt.

Die Mauer ist weg. Das ist eine gute Nachricht für ein besseres Zusammenleben von Serben und Albanern in der ethnisch geteilten nordkosovarischen Stadt Mitrovica. Die Ende vergangenen Jahres auf serbischer Seite des Flusses Ibar errichtete Mauer war einer der jüngsten Streitpunkte zwischen serbisch- und albanischsprachigen Bewohnern des Kosovo. Die Spannungen hatten zuletzt bedrohlich zugenommen. In vermittelnden Gesprächen unter Leitung der EU-Außenbeauftragten und Kommissionsvizepräsidentin Federica Mogherini konnte die EU eine Beruhigung erreichen. Und den Abriss der Mauer.

> Die Mauer blockierte den Weg von einer symbolträchtigen Ibar-Brücke im Zentrum Mitrovicas zur Fußgängerzone der König-Petar-Straße im serbischen Norden. Der Ausbau der Fußgängerzone und die Öffnung der Brücke für den Verkehr wurden im seit Jahren von der EU vermittelten Dialog zwischen Serben und Kosovo-Albanern vereinbart. Dieser hat das Ziel, das Zusammenleben der Menschen im Alltag durch praktische Verbesserungen zu erleichtern – der festgefahrene politische Streit über den völkerrechtlichen Status des Kosovo bleibt ausgeklammert.

Eigentlich sollte die Brücke längst für Fahrzeuge freigegeben sein, die Mauer und andere aufflammende Konflikte verhinderten das. In erster Linie sind hier die Festnahme des frühe-

### Enge Beziehungen zu Deutschland

Deutschland hat die Unabhängigkeit des Kosovo sehr früh anerkannt, unterhält aber auch seit langem enge Beziehungen zu Serbien und unterstützt dessen rechtsstaatlich-demokratische Transformation. Seit 2000 wurden über 1,6 Mrd. Euro für die Landesentwicklung zur Verfügung gestellt. Schätzungsweise 300.000 bis 500.000 Menschen mit serbischem Hintergrund leben in Deutschland. Aus dem Kosovo hat Deutschland während des Krieges hunderttausende Flüchtlinge aufgenommen und hilft seitdem beim Wiederaufbau. Auch Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Soldaten und zivile Experten waren im Rahmen der internationalen Missionen vor Ort.

ren kosovarischen Regierungschefs Ramush Haradinaj in Frankreich aufgrund eines in Serbien ausgestellten internationalen Haftbefehls und der Streit um einen Zug zu nennen, der mit der Aufschrift „Kosovo ist Serbien“ nach Kosovo fahren wollte. In mehreren Gesprächsrunden auf höchster politischer Ebene konnte Mogherini die Wogen wieder etwas glätten.

### Brücken statt Mauern bauen

„Die Führer in der Region beweisen Mut und Weitsicht, indem sie Mauern einreißen und sich auf den Bau von Brücken konzentrieren“, sagte sie danach. Das entspreche dem Geist des von der EU moderierten Dialogs zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina. Sie hoffe, dass nun auch das Brücken- und Einkaufsstraßenprojekt rasch vorankämen. „Das wird zu mehr Bewegungsfreiheit und Kontakten zwischen den Menschen und schließlich zur Versöhnung beitragen und allen Bürgern von Nord- und Süd-Mitrovica nutzen“, sagte Mogherini.

Mitrovica gehört zu den Kommunen im mehrheitlich von Serben bewohnten Norden Kosovos, in denen sich die Konflikte immer wieder entzünden. Zur Entspannung vereinbarten die Parteien in den Verhandlungen in Brüssel etwa, dass die Kosovo-Serben parallele Strukturen, etwa bei der Polizei, aufgeben, dass im Gegenzug ein Verbund der serbischen Gemeinden im Kosovo aufgebaut wird, der diesen eine Art Teilautonomie im mehrheitlich albanischsprachigen Kosovo bringen soll. Der Prozess habe über die Jahre Erfolge gebracht, aber er laufe „sehr langsam“, heißt es im Büro von Mogherini.

### Annäherung an EU unterstützt

Die politische Lage ist schwierig. Nach dem Kosovo-Krieg 1999 wurde das Gebiet unter UN-Verwaltung gestellt. Im Februar 2008 erklärte sich Kosovo für unabhängig. Serbien erkennt das nicht an, der völkerrechtliche Status ist international umstritten. Auch die EU-Staaten Spanien, Rumänien, Griechenland, Zypern und Slowakei erkennen Kosovo nicht als unabhängig an. Die EU fördert die Normalisierung zwischen Kosovo und Serbien und unterstützt beide bei der wirtschaftlichen Entwicklung und bei der Annäherung an die EU.

Serbien ist inzwischen Beitrittskandidat, sechs von 35 Verhandlungskapiteln wurden eröffnet. Die Kommission sprach im Herbst von „großen Fortschritten“, auch die Wirtschaftsreformen kämen voran. Im Kosovo ist die EU mit einem Büro und einem Sondergesandten präsent, um beim Aufbau stabiler politischer und rechtsstaatlicher Strukturen zu helfen. Außerdem unterstützen rund 800 Experten aus der EU im Rahmen der Mission Eulex die Verbesserung rechtsstaatlicher Institutionen und Behörden, etwa bei Polizei und Zoll.

Seit verganginem Jahr besteht auch ein Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen mit der EU. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigte sich nach einem Treffen mit dem Präsidenten des Kosovo, Hashim Taci, beeindruckt von Fortschritten bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. (frh) >

■ *Stand der Beitrittsverhandlungen*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> <b>22.02.2017</b> 12.00–14.00 Uhr	„Wozu Europa?“ Ausstellung <b>Veranstalter:</b> Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt	Europe Direct Informationszentrum Magdeburg Franckestraße 1 <b>39104 Magdeburg</b>	www.europatermine.de/ termine/datum/2017/febru- ar/22/termin/einzel/wozu_eu- ropa.html
> <b>22.02.2017</b> 19.00 Uhr	„Europa Gespräch. Aktuelle europapolitische Entwicklungen“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Schwerin	Haus der Kultur Arsenalstraße 8 <b>19053 Schwerin</b>	www.europaunion-schwerin. de/aktivit%C3%A4ten- termine/
> <b>22.02.2017</b> 19.00–21.00 Uhr	„Das Ende der Solidarität in Europa? Der Front National und sein Vorbildcharakter(?) für rechtspopulistische Parteien in Europa“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Vechta	Moorbachhof Kolpingstraße 23 <b>49377 Vechta</b>	www.europatermine.de/ termine/datum/2017/ februar/22/termin/einzel/ das_ende_der_solidarita- et_in_europa.html
> <b>25.02.2017</b> 10.00–16.00 Uhr	„SchülerAustausch-Messe“ Messe <b>Veranstalter:</b> Deutsche-Stiftung-Völkerverständigung	Oberschule Eversten Brandsweg 50 <b>26131 Oldenburg</b>	www.schueleraustausch- portal.de/messen/25022017- oldenburg/
> <b>02.03.2017</b> 08.00–14.00 Uhr	„Europäisches Parlament im Einsatz“ Plenspiel <b>Veranstalter:</b> Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt	Burgenland-Gymnasium Laucha Eckartsbergaer Straße 19 <b>06636 Laucha an der Unstrut</b>	www.kas.de/sachsen-anhalt/ de/events/71750/
> <b>02.03.2017</b> 19.00–22.00 Uhr	„Deutsch-französischer Stammtisch“ Meinungsaustausch <b>Veranstalter:</b> Deutsch-Französisches Kulturinstitut	Restaurant Jolie Jour Harscampstraße 57 <b>52062 Aachen</b>	https://aachen.institutfran- cais.de/kalender
> <b>07.03.2017</b> 08.30–10.00 Uhr	„Europäische Haushaltspolitik aus sächsischer Sicht“ EU-Briefing der Europäischen Bewegung Sachsen <b>Veranstalter:</b> Europäische Bewegung Sachsen	Sächsischer Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 <b>01067 Dresden</b>	http://sachsen.europaei- sche-bewegung.de/index. php?id=22958
> <b>08.03.2017</b> 17.30–21.00 Uhr	„60 Jahre Römische Verträge“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Deutscher Bundestag (Paul-Löbe-Haus) Paul-Löbe-Alle 2 <b>11011 Berlin</b>	www.gruene-bundestag. de/termine/anmeldungen/ online-anmeldungen/roemi- sche-vertraege.html
> <b>09.03.2017</b> 19.00 Uhr	„Café Europa“ Meinungsaustausch <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Berlin	Sophieneck Sophienstraße/Ecke Große Hamburger Straße <b>10178 Berlin</b>	www.europa-union-berlin.de/ aktivitaeten/veranstaltungen/ cafe-europa-09032017/
> <b>09.–10.03.2017</b> 08.30 Uhr	„Internationales Familienvermögens- und Erbrecht. Die neuen EU-Verordnungen zum Güter- und Erbrecht“ Fachseminar <b>Veranstalter:</b> Europäische Rechtsakademie	Europäische Rechtsakademie Metzer Allee 4 <b>54295 Trier</b>	www.era.int/cgi-bin/ cms?_SID=NEW&_ sprache=amp;de&_ bereich=artikel&_
> <b>Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: <a href="https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de">https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de</a></b>			

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holz-  
herkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwort-  
lich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem  
Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinsten  
Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender  
Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook und folgen Sie uns auf Twitter

## 67. INTERNATIONALE FILMFESTSPIELE BERLIN

**25 von der EU geförderte Filme laufen bei der Berlinale**

Die Filmfestspiele in Berlin werden zu den wichtigsten der Welt gezählt. Bis zum 19. Februar laufen rund 400 Filme, die Preise im Wettbewerb werden einen Tag zuvor verliehen. Im Programm sind 25 Filme, die durch das EU-Filmförderprogramm „Creative Europe Media“ unterstützt werden, darunter 12 mit deutscher Beteiligung, etwa die Weltpremiere von „Beuys“ von Andres Veiel.

Die Berlinale ist aber mehr als ihr Filmprogramm. Die EU-Kommission organisiert ein Forum, bei dem es um die Frage geht, wie europäische Filme von Digitalisierung profitieren können. Das EU-Filmförderprogramm wird durch Vertreter aus Brüssel, vielen EU-Ländern und des Creative Europe Desk Deutschland präsentiert. Die deutschen Desks organisieren das Koproduktionstreffen „Share Your Slate“, bei dem sich in diesem Jahr 21 europäische Produzenten aus 13 Ländern vernetzen, die ihre Projekte mit Media Slate Funding entwickeln. Das Programm Creative Europe Media ist für die Jahre 2014 bis 2020 mit 1,46 Mrd. Euro ausgestattet.

[Creative Europe Media](#)

## INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

**Junge Menschen sollen über künftige Politik mitreden**

Die von der EU-Kommission veranstalteten European Development Days (#EDD17) am 7. und 8. Juni in Brüssel sollen das größte europäische Forum zur Diskussion über den künftigen Kurs der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bieten. An den Gesprächen von Politikern und Vertretern internationaler Organisationen will die Kommission auch junge Menschen beteiligen, die sich in der Entwicklungspolitik engagieren.



Gesucht werden 16 junge Leute im Alter zwischen 21 und 26. Als „Young Leaders“ sollen sie ihre Ideen und Erfahrungen vorstellen. Bewerbungen sind bis zum 9. März möglich.

[Young Leaders Programme 2017](#)

## LORENZO-NATALI-MEDIENPREIS

**Herausragende Reportagen zur Armutsbekämpfung werden belohnt**

Menschen durch eindrückliche Reportagen mit großer Erzählfähigkeit eine Stimme geben, die sonst kaum Gehör finden: Dieses Ziel will die EU-Kommission mit dem 2017 zum 25ten Mal ausgeschriebenen Lorenzo-Natali-Medienpreis fördern. Prämiert werden dabei Werke über Entwicklung und Armutsbekämpfung, die im Internet (einschließlich Blogs), in Printmedien im Radio oder Fernsehen oder als Videos veröffentlicht wurden.

Vergeben werden die Preise an jeweils einen Berufs- und einen Amateurjournalisten aus den folgenden Regionen: Europa, Afrika, arabische Welt und naher Osten, Asien und Pazifikraum, Lateinamerika und Karibik. Außerdem gibt es mehrere Sonderpreise. Alle von einer unabhängigen Jury vergebenen Auszeichnungen sind mit 5.000 Euro dotiert. Anmeldeschluss ist am 10. März, die Preisverleihung findet im Juni in Brüssel statt.

[Medienpreis für Entwicklung und Armutsbekämpfung](#)

„WOZU EUROPA?“

**Ausstellung verdeutlicht den Wert der EU**

Die Europäische Union und die europäische Integration sind für viele Menschen schon immer ein derart selbstverständlicher Bestandteil ihres Lebens gewesen, dass leicht vergessen werden kann, was die Alternativen dazu sind. Um die Grundideen und den Mehrwert der Europäischen Union für ihre Bürgerinnen und Bürger deutlich zu machen, hat das Europe Direct Informationszentrum in Magdeburg jetzt die Ausstellung „Wozu Europa?“ organisiert. Sie soll darstellen, welche Konsequenzen die EU für den Alltag hat, was etwa ein zollfreier Warenverkehr für die Verbraucher und für die Unternehmen bedeutet oder welche rechtsstaatlichen Grundsätze in allen Mitgliedstaaten gelten.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat dafür Informationstafeln erstellt. Gezeigt wird die Ausstellung vom 22. Februar bis 10. März in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung Magdeburg. Zur Eröffnung gibt es ein „Mittagsgespräch“ mit dem CDU-Europaabgeordneten Sven Schulze. Der Eintritt zur Ausstellung ist kostenlos.

[Informationen zur Veranstaltung](#)